



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 198

13. September 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem Maßnahmenpaket zum Klimaschutz. Am 20. September wollen die Mitglieder des Klima-Kabinetts ihre Ergebnisse vorstellen. Doch schon jetzt beschäftigen uns die Themen intensiv.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu bereits in den vergangenen Wochen auf der Klausurtagung in Potsdam beraten. Die Schwesterparteien CDU und CSU haben jeweils und auch gemeinsam Leitlinien festgelegt, die ihnen beim Thema Klimaschutz wichtig sind.

Auch wenn die Ergebnisse des Klimakabinetts noch nicht vorliegen, es ist jetzt schon klar, dass sich für uns alle etwas verändern wird. In der nächsten Ausgabe „Berlin aktuell“ werde ich Sie hierüber ausführlich informieren.

Darüber hinaus befasst sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion derzeit intensiv mit dem Thema Bauen, Wohnen und Leben. Hier geht es beispielsweise um das Baukindergeld für junge Familien, um Förderprogramme und Steuererleichterungen beim Hauskauf oder -bau. Bei Interesse empfehle ich Ihnen dazu die Webseite der Fraktion. Hier finden Sie weitere Informationen:

[CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Bauen](#)

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

HANDWERK

Rückkehr zur Meisterpflicht!

Für 12 von 50 Berufen, in denen 2008 die Meisterpflicht abgeschafft worden war, kehrt ab 2020 die Meisterpflicht zurück. Das ist gut für das Handwerk und für die Verbraucher. Denn die Verbraucher erhalten damit wieder gut ausgebildete, kompetente und auch marktbeständige Betriebe als Geschäftspartner.

Wir haben nach der Abschaffung der Meisterpflicht unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung festgestellt, dass sich zwar sehr schnell sehr viele Unternehmen neu gegründet haben. Aber rund die Hälfte dieser Betriebe konnte sich keine fünf Jahre am Markt halten. Wenn dann bei den Kunden Gewährleistungsansprüche entstanden, war schon kein Unternehmen mehr da, um die Ansprüche überhaupt geltend zu machen. Mit der Meisterpflicht kehrt deshalb nicht nur verbriefte Qualität in die Berufe zurück, sondern auch Verlässlichkeit.

Eine zweite Verbesserung, die sich durch die Rückkehr zur Meisterpflicht einstellen wird: Meisterbetriebe sind auch Ausbildungsbetriebe. Das heißt, dass durch die Stärkung der Meisterbetriebe auch wieder mehr Ausbildungsplätze entstehen sowie dass die Berufe wieder aufgewertet werden. Wenn nicht mehr jeder einfach Fliesenleger sein kann, lohnt es sich auch wieder eine ordentliche Ausbildung in diesem Beruf zu machen. Das ist die Basis für neue Gesellen, neue Meister und neue Betriebe.

In den letzten Tagen hat mich auch viel Kritik an und viele Fragen zu dem Gesetzentwurf erreicht. Einige Fragen drehten sich darum, ob die Meisterpflicht nicht das Angebot verknappt und die Leistung nur teurer mache. Das Gegenteil ist der Fall: Durch die Stärkung der Meisterbetriebe wird es



wieder mehr Auszubildende und damit mehr Fachkräfte geben. Das kommt der derzeit hohen Nachfrage entgegen. Zudem werden die Betriebe, die sich in Zukunft gründen, wieder langfristiger und verlässlicher Akteure sein.

Eine andere Frage war, ob nun die Betriebe ohne Meistertitel schließen müssten? Auch hier lautet die Antwort nein. Es wird einen Bestandsschutz geben. Wer jetzt ohne Meisterbrief selbstständig ist, kann das auch weiterhin sein.

Zum Thema Meisterpflicht finden Sie hier auch noch ein Video:

<https://youtu.be/xs6piZFjgmM>

HAUSHALT

Wir stehen zu unserer Verantwortung: Keine neuen Schulden!



Video: Meine Meinung zum Haushalt 2020 und zu den Forderungen nach neuen Schulden

Man kann nicht einfach immer mehr Geld ausgeben, als man hat. Das ist in jedem Privathaushalt so, in jedem Unternehmen und so ist es auch im Bund. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir mit dem Geld, das uns im Bundesetat zur Verfügung steht, ordentlich haushalten. Die Schwarze Null ist kein Selbstzweck. Sie ist Ausdruck von verantwortungsvoller und nachhaltiger Politik. Wenn jetzt pünktlich zur Haushaltswoche des Deutschen Bundestages die Rufe nach höheren Investitionen laut werden, die auf Pump finanziert werden sollen, kann ich nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Der Entwurf für den Haushalt 2020 ist ausgeglichen. Die Ausgaben - ebenso wie die Einnahmen - belaufen sich auf 359,9 Milliarden Euro. Die Investitionen steigen seit 2013 an und liegen für 2020 bei 39,8 Mrd. Euro - ein Rekordwert. Natürlich fällt so gut wie jedem etwas ein, wo man mehr Geld ausgeben könnte. Ich würde mich auch freuen, wenn wir zum Beispiel für den Mobilfunk- und Glasfaserausbau noch mehr tun könnten. Aber es ist doch ganz logisch, dass wir nur mit den vorhandenen Mitteln arbeiten können. Im Übrigen haben wir genug Geld zur Verfügung. Das Problem ist allzu oft, dass das Geld nicht verausgabt werden kann, weil das Bau-

recht fehlt, Planungsprozesse zu lange dauern oder aber Kapazitäten bei den Baufirmen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Zusammenfassend: Es auf eine ausgewogene und intelligente Verteilung der Gelder an. Der Haushaltsentwurf für 2020 wird diesem Anspruch gerecht.

Eine Überblick über den Bundeshaushalt für 2020:

Investitionen in Rekordhöhe

Die Investitionen im Bundeshaushalt haben inzwischen einen Umfang von rund 40 Milliarden Euro erreicht - ein Rekordwert. Darüber hinaus unterstützt der Bund massiv die Länder und Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und entlastet sie finanziell. So beteiligt er sich beispielsweise mit mehreren Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung und an der baulichen Sanierung der Schulen, stellt Mittel zur Digitalisierung der Schulen („Digitalpakt“) sowie für den sozialen Wohnungsbau bereit. Er leistet auch einen finanziellen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden.

Entlastungen und mehr Kindergeld

Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlastet. Seit 2015 wird die kalte Progression bei der Ein-

kommensteuer Jahr für Jahr abgebaut. Das Kindergeld ist zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat angehoben worden. Ab 2021 wird der Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Zahler vollständig abgebaut, für weitere 6,5 Prozent gesenkt. Die Union wird sich weiterhin für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags einsetzen.

Mehr als 18 Milliarden für Bildung und Forschung

Für den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sind im kommenden Jahr rund 18,2 Milliarden Euro eingeplant. Seit die Union die Leitung dieses Ministeriums im Jahr 2005 übernommen hat, haben sich dessen Etat und damit die Investitionen in die Zukunft unseres Landes mehr als verdoppelt.

Bundespolizei und BKA werden gestärkt

Bei rund 15,3 Milliarden Euro liegt der Etat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Für die Stärkung der Inneren Sicherheit sind davon rund 6 Milliarden Euro vorgesehen. Schwerpunkte sind dabei die Ausgaben für die Bundespolizei (rund 3,9 Milliarden Euro) und das Bundeskriminalamt (rund 800 Millionen Euro).

Verteidigungsetat steigt

Die für Verteidigung eingeplanten Ausgaben liegen bei 44,9 Milliarden Euro und damit rund 1,7 Milliarden höher als in diesem Jahr. Neben diversen Großvorhaben wird ein Schwerpunkt der Ausgaben auf der Modernisierung der persönlichen Ausrüstung sowie dem Ausbau der Digitalisierung liegen. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erreicht mit rund 10,37 Milliarden Euro ein Rekordniveau.

MOBILFUNK

Mobilfunk: Verbindliche Zusagen der Netzbetreiber

Der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im Koalitionsvertrag ein ganzes Kapitel gewidmet. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse basiert auf gleichwertiger Infrastruktur. Neben den Verkehrswegen hängt auch von den mobilen Datennetzen die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität der ländlichen Räume ab. Bislang ist die Mobilfunkabdeckung in vielen dünn besiedelten Regionen, auch in der Eifel, absolut unbefriedigend.

Daher hat die Bundesregierung den Telekommunikationsunternehmen bereits auf dem Mobilfunkgipfel 2018 die Zusage abgerungen, bis Ende 2020 99 Prozent der bundesweiten Haushalte und bis 2021 99 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland mit dem Mobilfunkstandard LTE zu versorgen. Im Zuge der im Juni erfolgten Versteigerung der 5G-Frequenzen wurden diese Zielmarken als die neuen Versorgungsaufgaben verankert. Mit den in den vergangenen Wochen geschlossenen Verträgen zwischen dem Bund und den Mobilfunkanbietern Telekom, Vodafone, Telefónica und 1&1 Drillisch haben die Netzbetreiber zugesagt, diese Ziele zu erreichen. Dies ist ein bedeutender Zwischen-

„Jetzt gilt's:
Bis Ende 2021 müssen die Mobilfunkanbieter 99% des ländlichen Raums mit LTE-Standard versorgen!
Dafür habe ich lange gekämpft!
Jetzt hoffe ich auf eine schnelle Umsetzung!“

PATRICK SCHNIEDER

schritt der Mobilfunkstrategie des Bundes.

Die Verträge sehen vor, dass mindestens 1.400 zusätzliche Mobilfunkmasten errichtet werden sollen. Über die Standorte entscheiden die Mobilfunkanbieter eigenverantwortlich, konkrete Planungen liegen noch nicht vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Netzbetreiber die zusätzlichen Sendemasten - um die neuen Versorgungsaufgaben erfüllen zu können - hauptsächlich in Regionen mit unterdurchschnittlicher oder fehlender Abdeckung errichten werden. Naturgemäß werden bislang unterversorgte Regionen wie die Eifel überproportional von den neuen Versorgungs-

zielen profitieren.

Diesem Zwischenschritt müssen weitere Schritte hin zu einer Versorgung sämtlicher Haushalte und Verkehrswege in Deutschland folgen. Hier nehmen wir insbesondere das letzte Prozent der Haushalte in den Blick, die auch von den neuen Versorgungsaufgaben nicht profitieren können.

Für dieses verbleibende Prozent hat die Union den Plan einer staatlichen Mobilfunkgesellschaft entwickelt, die in den Regionen mit den geringsten Bevölkerungsdichten die Sendemasten errichten könnte. Dieser Vorschlag, der auch Teil des Abschlussberichts der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist, liegt nun auf dem Tisch und wird derzeit mit den anderen Ressorts abgestimmt.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227 71881 • Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#) • [Facebook](#)

[Twitter](#) • [Youtube](#)

AUS DER FRAKTION

CDU/CSU-Bundestagsfraktion feiert ihr 70. Jubiläum



Am 1. September 1949 konstituierte sich im Haus des Bonner Bürgervereins die erste CDU/CSU-Bundestagsfraktion der jungen Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von Konrad Adenauer.

In dieser Woche haben wir auf dieses historische Ereignis zurückgeblickt und den 70. Geburtstag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin gefeiert.

Zu dem Fest im Reichstagsgebäude kamen neben dem amtierenden Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus auch vier frühere Fraktionsvorsitzende: (in chronologischer Reihenfolge) Dr. Wolfgang Schäuble, Friedrich Merz, Dr. Angela Merkel und Volker Kauder.

Foto: Schnieder

IMPRESSIONEN

In den zurückliegenden Wochen der parlamentarischen Sommerpause und auch während dieser Sitzungswoche haben zahlreiche Besucherinnen und Besucher aus dem Wahlkreis eine Reise nach Berlin unternommen und bei dieser Gelegenheit auch den Deutschen Bundestag besucht. Ich freue mich immer wieder über die Gäste aus der Heimat und die guten Gespräche. Herzlichen Dank an alle Gäste!



oben: Deutsch-israelischer Jugendaustausch des St. Matthias-Gymnasiums Gerolstein.



links: Graf Salentin-Schule in Jünkerath

Fotos: Schnieder

rechts: Möhnenverein Waxweiler
Foto: Schnieder



unten links und rechts: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsreisen des Bundespresseamtes.
Fotos: Bundesregierung/ Atelier Schneider

